

Beschlussempfehlung und Bericht des Auswärtigen Ausschusses (3. Ausschuss)

**zu dem Antrag der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
– Drucksache 15/4031 –**

Die Türkei-Politik der EU verlässlich fortsetzen und den Weg für die Beitrittsverhandlungen mit der Türkei freimachen

A. Problem

In ihrem am 6. Oktober 2004 veröffentlichten Bericht hat die Europäische Kommission dem Europäischen Rat die Aufnahme von Beitrittsverhandlungen mit der Türkei empfohlen. Der Bericht der Kommission würdigt die Fortschritte, die die Türkei im laufenden Prozess politischer Reformen bisher erzielt hat, weist aber zugleich auch auf fortbestehende Defizite hin. Die von der Europäischen Union für die Eröffnung von Beitrittsverhandlungen aufgestellten politischen Kriterien sind nach Auffassung der Kommission erfüllt.

Aus Sicht der Antragsteller sprechen zahlreiche erhebliche Gründe für einen Beitritt der Türkei zur Europäischen Union, wobei sicherheitspolitische und geostrategische Erwägungen besonders hervorgehoben werden. Die Antragsteller begrüßen die von der Europäischen Kommission vorgeschlagene Verhandlungsstrategie, die den spezifischen Umständen dieses Falles Rechnung trage, und betonen die in der Entscheidung über die Eröffnung von Beitrittsverhandlungen liegende Herausforderung an die Glaubwürdigkeit deutscher und europäischer Politik. Die Bundesregierung wird vor diesem Hintergrund aufgefordert, sich bei der Tagung des Europäischen Rates am 17. Dezember 2004 für die Aufnahme von Beitrittsverhandlungen mit der Türkei auszusprechen.

B. Lösung

Annahme des Antrags mit den Stimmen der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP

C. Alternativen

Keine

D. Kosten

Keine

Beschlussempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,
den Antrag auf Drucksache 15/4031 anzunehmen.

Berlin, den 15. Dezember 2004

Der Auswärtige Ausschuss

Gert Weisskirchen (Wiesloch)
Amtierender Vorsitzender

Uta Zapf
Berichterstatterin

Dr. Andreas Schockenhoff
Berichterstatter

Dr. Ludger Volmer
Berichterstatter

Dr. Werner Hoyer
Berichterstatter

Bericht der Abgeordneten Uta Zapf, Dr. Andreas Schockenhoff, Dr. Ludger Volmer und Dr. Werner Hoyer**I.**

Der Deutsche Bundestag hat den vorliegenden Antrag auf Drucksache 15/4031 in seiner 135. Sitzung am 28. Oktober 2004 beraten. Er wurde an den Auswärtigen Ausschuss zur federführenden Beratung sowie an den Innenausschuss, den Rechtsausschuss, den Ausschuss für Menschenrechte und Humanitäre Hilfe und den Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union zur Mitberatung überwiesen.

II.

Der **Innenausschuss** hat den Antrag in seiner 49. Sitzung am 1. Dezember 2004 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP die Annahme.

Der **Rechtsausschuss** hat den Antrag in seiner 65. Sitzung am 1. Dezember 2004 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP die Annahme.

Der **Ausschuss für Menschenrechte und Humanitäre Hilfe** hat den Antrag in seiner 50. Sitzung am 10. November 2004 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP die Annahme.

Der **Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union** hat den Antrag in seiner 57. Sitzung am 1. Dezember 2004 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP die Annahme.

III.

Der **Auswärtige Ausschuss** hat den Antrag in seiner 54. Sitzung am 15. Dezember 2004 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP die Annahme.

Berlin, den 15. Dezember 2004

Uta Zapf
Berichterstatlerin

Dr. Andreas Schockenhoff
Berichterstatter

Dr. Ludger Volmer
Berichterstatter

Dr. Werner Hoyer
Berichterstatter

